

1 **Neue Stärke in großen Städten:** 2 **fünf Thesen der Jungen Union Nordbaden**

3

4 Die Schwäche der CDU bei Oberbürgermeister- und Kommunalwahlen in großen Städten in
5 den vergangenen Jahren ist signifikant. Selbst wenn die CDU häufig noch die stärkste
6 politische Kraft ist, so verschlechtern sich die Wahlergebnisse kontinuierlich. Insbesondere in
7 Universitätsstädten hat die CDU Schwierigkeiten, mit ihren Themen bei Wahlen zu punkten.

8 Um diesen Problemen entgegenzutreten zu können, ist zuerst eine ehrliche Analyse erforderlich.

9 Dabei muss klar benannt werden, dass gerade in Ballungsgebieten zahlreiche
10 unterschiedliche Interessenslagen aufeinander treffen. Dies lässt sich am Beispiel der
11 Verkehrspolitik verdeutlichen. In den Städten besteht für die vielen tausend Pendler der
12 Wunsch, schnell und möglichst auf direktem Weg zum Arbeitsort zu gelangen. Dem
13 gegenüber steht der Wunsch der Wohnbevölkerung nach einer Verminderung der Lärm- und
14 Abgasbelastung. Gerade Kinder und ältere Menschen nehmen den massiven PKW-Verkehr in
15 Innenstädten als bedrohlich wahr.

16 Ebenso gibt es Interessenskonflikte innerhalb der Stadtbevölkerung. Einerseits besteht der
17 Wunsch nach einer wirtschaftlich erfolgreichen Standortpolitik, einer leistungsfähigen
18 Infrastruktur und einem vielfältigen Freizeitangebot und andererseits besteht der Wunsch
19 nach Grünflächen, einer Verminderung des Verkehrsaufkommens und damit des Lärms- und
20 der Abgasbelastung in den Städten. Wenn wir als Junge Union nach einem Weg zur
21 Verbesserung der CDU-Wahlergebnisse in den Städten fragen, müssen wir die städtische
22 Wohnbevölkerung und deren Bedürfnisse in den Fokus nehmen und dürfen gleichzeitig
23 gesamtgesellschaftliche Interessen nicht aus den Augen verlieren.

24

25 Unsere fünf Thesen zur Stärkung von JU und CDU in großen Städten sind:

26

27 **1. Vielfältige Mobilität**

28 Die CDU wird in Städten leider oft als die Autofahrerpartei wahrgenommen. Dabei spielt das
29 Auto in vielen Städten für den innerörtlichen Verkehr nur noch eine untergeordnete Rolle und
30 ist von den Nutzerzahlen hinter den ÖPNV und das Fahrrad zurückgefallen. Dies bedeutet für
31 uns, offensiver als bisher für ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zu werben und dem
32 Ausbau des ÖPNV, der Fußwegeverbindungen und des Fahrradwegenetzes eine zentrale
33 Bedeutung beizumessen. Wir müssen die Partei sein, die ein ganzheitliches Verkehrskonzept
34 mit Blick in die Zukunft anbietet und dabei die vielfältigen Anforderungen und
35 Mobilitätsbedürfnisse im Auge behält. Auch Park&Ride-, Car- und Bikesharingangebote sind
36 ein Baustein eines zukünftigen und ganzheitlichen Ansatzes für eine innerstädtische

37 Verkehrsplanung. Dabei muss es unser Ziel sein, den motorisierten Verkehr, den
38 Fahrradverkehr und den Fußgängerverkehr – wenn möglich – auch räumlich voneinander zu
39 trennen sowie jedem Verkehrsmittel seinen eigenen Verkehrsraum zuzuweisen. Mobilität und
40 eine funktionierende und moderne Verkehrsinfrastruktur sind ein bedeutender Standortfaktor.
41 Deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass sich diese Bedeutung im Bundes- und
42 Landeshaushalt, aber auch in den kommunalen Haushalten widerspiegelt. Unser Ziel ist es,
43 die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Verkehr in den Städten durch vielfältige
44 Mobilitätsangebote zu senken. Dazu gehört auch der Ausbau der sowohl unter ökologischen
45 als unter Lärmgesichtspunkten interessanten Elektromobilität. Im Gegensatz zu den Grünen
46 wollen wir dieses Ziel aber durch Angebote statt Verbote erreichen, um nicht den
47 Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu schwächen.

48

49 **2. Umwelt und Lärm**

50 Abgase und Lärm belasten in Ballungsräumen und großen Städten die Bewohner.
51 Insbesondere an Hauptverkehrs- und Ausfallstraßen mit zehntausenden Fahrzeugen täglich,
52 sind gesundheitliche Auswirkungen unverkennbar.

53 Die damalige CDU/FDP-Landesregierung hat daher bereits Lärmaktionspläne aufstellen
54 lassen, um die besonderen Problembereiche zu analysieren. JU und CDU müssen die
55 Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach einer Absenkung der Belastungen ernst nehmen.
56 Dafür müssen neben einer Absenkung des Verkehrsaufkommens zur Lärm und
57 Abgasvermeidung (siehe 1.) weitere Maßnahmen zur Lärmverminderung ergriffen werden.
58 Diese sind gerade auch durch bauliche Maßnahmen zu treffen, auch wenn diese
59 Baumaßnahmen finanzielle Mehrbelastungen hervorrufen. Infrastrukturmaßnahmen müssen
60 so gestaltet werden, dass die Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung so gering wie möglich
61 gehalten werden und nicht nur rein ökonomische Faktoren im Mittelpunkt stehen.

62 Innerstädtische Grünflächen sehen wir als wichtiges Gut an, die erhalten werden müssen. Sie
63 sollen so ausgestaltet werden, dass sie einen hohen Erholungs- und Freizeitwert für die
64 Bevölkerung haben. Weiterhin sollen Naherholungsgebiete erhalten und ausgebaut werden.

65

66 **3. Kinder- und Familienfreundlichkeit**

67 Auch wenn die Familie die attraktivste Lebensform geblieben ist, müssen wir erkennen, dass
68 sich die Lebenswirklichkeiten in Deutschland vor allem in Städten massiv verändert haben. Es
69 werden immer weniger Kinder geboren; im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu
70 den Schlusslichtern. Dieser Tendenz müssen wir mit einer kinder- und familienfreundlichen
71 Politik entgegenwirken, denn Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige,
72 stabile soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft.

73 Es ist ein grundlegender Bewusstseinswandel über den Wert von Kindern für eine
74 Gesellschaft notwendig. Niemand soll von Kinderwünschen Abschied nehmen müssen, weil
75 die gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als zu riskant eingeschätzt
76 werden. Die Junge Union Nordbaden drängt daher auf eine zügige Umsetzung eines
77 flächendeckenden Betreuungssystems.

78 Eine familienfreundliche Politik umfasst für uns darüber hinaus auch Maßnahmen am
79 Arbeitsplatz, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ermöglichen,
80 beispielsweise die Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben für Frauen mit Kindern,
81 flexible Arbeitszeiten, Heimarbeitsplätze oder Betreuungsangebote für Kinder oder ältere
82 Angehörige der Mitarbeiter. Hier sehen wir die Unternehmen in der Pflicht. Diese Maßnahmen
83 mögen zwar zunächst mit gesteigerten Kosten verbunden sein, zahlen sich aber langfristig für
84 alle Beteiligten aus.

85 Vor allem der Kommunalpolitik kommt bei der Schaffung familien- und kinderfreundlicher
86 Wohnumfelder eine wichtige Rolle zu, da sie durch die kommunale Verkehrspolitik und die
87 Platzierung und Gestaltung von Spielorten oder Naturerfahrungsräumen Einfluss nehmen
88 kann. Dabei spielt einerseits die Sicherung der Schulwege eine wichtige Rolle, aber auch das
89 Umfeld von Schulen und Kindergärten sowie die Wohngebiete generell sollten
90 kinderfreundlicher gestaltet werden. Eine hohe Dichte an Grünflächen, Spiel- und
91 Sportplätzen sowie verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen und Fußgängerzonen können
92 zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit beitragen.

93 Familienfreundliche Städte brauchen gute Schulen. Die Gestaltung und Verbesserung der
94 städtischen Schullandschaft ist für die CDU eine Herzensangelegenheit. Die fachliche und
95 soziale Bildung unserer Jugend ist die Grundlage für ihren späteren Erfolg im Leben. Dieses
96 Grundprinzip muss die CDU den ideologischen und bequemen Konzepten der linken Parteien
97 entgegenhalten, die im Wesentlichen auf eine Absenkung des Leistungsniveaus gerichtet
98 sind. Die CDU muss in der Bildungspolitik stärker und sichtbarer für ihre Ideale eintreten.

99 Die CDU muss zu ihren Werten stehen, aus diesen aber für moderne städtische
100 Lebenswirklichkeiten die richtigen Schlüsse ziehen. Wie dargelegt, müssen Ehen und
101 Familien unterstützt werden. Als Christdemokraten stehen wir aber auch anderen
102 Lebensmodellen mit Offenheit und Toleranz gegenüber. Alle Formen des Zusammenlebens,
103 die von menschlichem Füreinandereinstehen, gemeinsamer respektvoller Lebensplanung und
104 dauerhafter Übernahme von gegenseitiger Verantwortung geprägt sind, erkennen wir an und
105 unterstützen wir. Außerdem müssen wir den Bedürfnissen der steigenden Anzahl an
106 alleinlebenden Menschen in den Städten gerecht werden.

107

108

109 **4. Wohnraum**

110 Der Wunsch, in Städten zu wohnen, ist derzeit ungebrochen. Dies geht mit einem erheblichen
111 Druck auf den städtischen Wohnungsmarkt einher, der dort in den letzten Jahren zu massiven
112 Preissteigerungen geführt hat. Wenn Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren
113 Einkommen keinen Wohnraum mehr erwerben oder mieten können, ist die soziale Balance in
114 unseren Städten in Gefahr. Wir wollen daher eine gezielte kommunale Wohnungspolitik,
115 die Freiräume lässt, aber dort eingreift, wo massive Verwerfungen drohen. Dazu bedarf es
116 dringend der Unterstützung durch Bund und Land. Gerade die Konversionsprozesse durch die
117 Schließung von Bundeswehrstandorten und dem Abzug der US-Armee aus Nordbaden
118 müssen von Landesseite her aktiv begleitet werden. Die Kommunen benötigen dafür
119 finanzielle Unterstützung, die ihnen die grün-rote Landesregierung bisher verwehrt. Wir
120 fordern die Landesregierung auf, hier durch ein Sonderprogramm für Konversion den
121 Kommunen zur Seite zu stehen.

122 Eine gesunde Mischung auf dem Wohnungsmarkt muss sowohl den Bau von hochpreisigen
123 Wohnungen ermöglichen als auch einen Wohnungsmarkt für junge Familien und Menschen
124 mit kleinen und mittleren Einkommen vorsehen. Hier müssen die Kommunen gegebenenfalls
125 steuernd eingreifen. Dabei muss auch angemessener Wohnraum für Auszubildende und
126 Studenten vorgehalten werden.

127 Zudem fordern wir, dass bei zukünftigen Baumaßnahmen im Wohnbereich Standards erfüllt
128 werden, die diese Wohnungen zukunftssicher und nachhaltig machen. Es ist wichtig, dass bei
129 Neubauten oder Sanierungen energetische Gesichtspunkte und solche der Barrierefreiheit
130 eine wichtige Rolle spielen.

131

132 **5. Sicherheit und Sauberkeit**

133 Leider wird das Leben in den Städten in manchen Stadtteilen immer anonym. Stets aktuelle
134 Bedürfnisse der Menschen in Städten sind Sicherheit und Sauberkeit: seien es Meldungen von
135 Gewaltexzessen, sei es das Bedürfnis (insbesondere junger Frauen) nach einem sicheren
136 Heimweg oder sei es das Interesse an einer bürgerfreundlichen und sauberen Atmosphäre in der
137 Stadt. Für die Junge Union sind die Themen Sicherheit und Sauberkeit in unseren Städten von
138 großer Bedeutung. Lebenswerte Kommunen zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein
139 gepflegtes und sicheres Umfeld bieten. Wir fordern daher eine aktive Politik zum Erhalt der
140 Sicherheit. Dazu gehört für uns neben einem ausreichend ausgestatteten kommunalen
141 Ordnungsdienst auch eine zielgerichtete Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten,
142 aber auch beispielsweise an öffentlichen Plätzen, im ÖPNV oder auch an Schulen, sofern dies
143 gewünscht und erforderlich ist.

144 Jeglichen Plänen bezüglich eines weiteren Stellenabbaus bei der Polizei erteilen wir eine klare
145 Absage. Zudem muss gegen Vandalismus und Schmierereien aktiv vorgegangen werden. Es
146 handelt sich dabei nicht um Bagatelldelikte. Gleiches gilt für Verschmutzungen des
147 öffentlichen Raums. Hier muss eine drastische Erhöhung der städtischen Bußgelder
148 ergebnisoffen geprüft werden. Gleichzeitig müssen die Kommunen die Anzahl ihrer in der
149 Öffentlichkeit tätigen Ordnungsdienstmitarbeiter angemessen erhöhen. Eine Erhöhung der
150 Sauberkeit verbessert nicht nur die Aufenthaltsqualität im Stadtraum merklich, sondern trägt
151 zugleich auch zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl bei.